

Freiheitliches* *Positionspapier zur* **SOZIALPOLITIK*



Wir Freiheitliche stehen ein für eine sozialverträgliche Marktwirtschaft auf Grundlage der christlichen Soziallehre. Das soziale Gleichgewicht ist ein unverzichtbarer Wert, damit wir unsere Heimat gerecht und lebenswert erhalten. Wir Freiheitliche stehen für eine faire Sozialpolitik die

- **für eine Teilhabe möglichst breiter Schichten am Wohlstand sorgt;**
- **auf dem Prinzip der Solidarität gründet, indem dem Schwächeren geholfen wird, ohne dem Starken die Luft zum Atmen zu nehmen;**
- **für Beistand in Notsituationen als Hilfe zur Selbsthilfe sorgt;**
- **die Familie als Keimzelle des Volkes in den Mittelpunkt stellt;**
- **dafür sorgt, dass dem Bedürftigen geholfen wird;**
- **den Missbrauch von Sozialleistungen verhindert.**

Gerechte Löhne für unsere Arbeitnehmer

Südtirol ist dank dem Fleiß und der Innovationskraft seiner Menschen ein wohlhabendes Land geworden. Doch muss dieser Wohlstand allen zugute kommen, daher fordern wir:

- **Autonome Zuständigkeit für Kollektivverträge:** autonome Zuständigkeiten im Bereich der Kollektivverträge sind unbedingt auszubauen, damit das Land einen rechtlichen Rahmen festlegen kann, außerhalb dem sich die Verhandlungspartner nicht zu bewegen haben – auch bei Kollektivverträgen im Privatsektor.
- **Abschluss der Zusatzkollektivverträge:** aktive Sozialpolitik zum Abschluss der längst überfälligen Zusatzkollektivverträge betreiben!
- **Vorbildfunktion des Landes:** bei der Lohngestaltung der Landesangestellten kann und muss das Land als Vorbild vorausgehen. Gerechte Löhne für unsere Arbeitnehmer!
- **Teilzeit und Rente:** Ein öffentlicher Bediensteter, wie auch alle Beschäftigten in halböffentlichen Betrieben und Inhousegesellschaften sollen mit einer Teilzeitarbeit von 50% soviel verdienen damit er jedenfalls ein volles Rentenjahr erreicht. Jede Teilzeitarbeit soll prozentual vom Mindestlohn angepasst werden.

Steuerentlastung und Steuergerechtigkeit

Steuerentlastungen und Steuergerechtigkeit sind Voraussetzungen für das soziale Gleichgewicht im Land. Daher fordern wir:

- **Regionalen IRPEF-Zuschlag abschaffen:** unseren Bürgern mehr individuelle Gestaltungsmöglichkeiten durch Steuerentlastungen geben!
- **EEVE-Kriterien anpassen:** Freibeträge anheben, Abzüge wie bei der Steuererklärung ermöglichen, um Sparer nicht zu bestrafen und Familien zu stärken!
- **Ungleichbehandlung Einheimischer beenden:** Ausländer sollen bei der EEVE einen Nachweis von ihrem Konsulat erbringen, der ihre Vermögenssituation im Heimatland nachweist. Keine nicht nachprüfbaren Eigenerklärungen mehr!

Vorrang für einheimische, familienfreundliche Betriebe mit fairen Löhnen

Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen die Kriterien „Familienfreundlichkeit“ und „faire Löhne“ eingeführt werden. Daher fordern wir:

- **Einheimische Betriebe:** Die Förderung von einheimischen Betrieben soll durch grundsätzliche Anwendung des sog. „Null-Kilometer-Kriteriums“ verstärkt werden.

- **Faire Löhne:** Das Kriterium „faire Löhne“ soll anhand von Lohnzertifikaten der Gewerkschaften nachgewiesen werden. Betriebe, die die Lohnzertifikate vorweisen können, sollen bei Ausschreibungen, bevorzugt behandelt werden. Auch die Förderungen können an diese Lohnzertifikate geknüpft werden.

- **Familienfreundlichkeit:** Das Kriterium „Familienfreundlichkeit“ soll anhand internationaler Standards festgestellt werden.

Es soll somit jenen einheimischen Betrieben geholfen werden, die ihre Angestellten fair entlohnen und ein familienfreundliches Umfeld bieten.

Leiharbeiterschaft unter Umgehung der Kollektivverträge muss verhindert werden.

Renten erhöhen und sichern

Gerade die ältere Generation hat Südtirol zu dem aufgebaut, was es heute ist. Diesen Menschen haben wir etwas zurück zu geben. Es darf einfach nicht sein, dass Menschen in Südtirol im Alter ein Sozialfall werden und in Altersarmut enden. Daher fordern wir:

- **Erhöhung der Renten auf das Lebensminimum:** mit dem NISF (INPS) und der Agentur der Einnahmen sind Vereinbarungen zwecks automatischer Aufstockung der Renten auf das Lebensminimum zu treffen. Gegebenenfalls sollen aus dem Landeshaushalt Mittel bereit gestellt werden, damit dies bei Scheitern der Verhandlungen mit den staatlichen Behörden ermöglicht wird.

- **Schwangerschaft und Rente:** Frauen, die nach einer Abwesenheit wegen Schwangerschaft in den Beruf in Teilzeit zurückkehren, soll mittels Landesbeitrag für ein Jahr, der Rentenversicherungsbeitrag bis auf einer zu bestimmenden Gehaltsobergrenze aufgestockt werden.

- **Zusatzrente:** Der Aufbau einer Zusatzrente soll noch attraktiver gestaltet werden. Bereits bestehende öffentliche Unterstützungsmaßnahmen (z.B. für Erziehungs- und Pflegezeiten) sollen ausgebaut werden, sowohl was die Höhe der Beiträge betrifft als auch die Dauer, für welche sie zustehen.

- **Zusatzrentenfonds:** Die Zusatzverträge auf Landesebene für nationale Arbeitskollektivverträge sollen vorsehen, dass die höheren Arbeitgeberbeiträge in die lokalen Zusatzrentenfonds fließen.

Familien in den Mittelpunkt stellen

Die Familien sind die Keimzelle unseres Volkes und die Zukunft unserer Heimat. Es muss möglich sein, die Kindererziehung durch die Eltern genauso zu gewährleisten wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Falle einer Fremdbetreuung. Das Schlagwort „Wahlfreiheit“ darf keine leere Worthülse sein! Daher fordern wir:

- **Mutterschaft:** Frauen sollen nach der obligatorischen Mutterschaft auch beim fakultativen Mutterschaftsurlaub denselben Lohn erhalten wie bei der obligatorischen Mutterschaft. Mittels Landesbeitrages und Gehaltsobergrenze.

- **Kindergeld einkommensunabhängig gestalten:** jedes Kind muss gleich viel wert sein. Einkommensbeschränkungen beim Kindergeld der ersten 3 Jahre sind abzuschaffen!

• **Erhöhung des Kindergeldes:** Um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden sollte das Kindergeld stufenweise auf 300€/Monat erhöht werden.

Für das erste Kind soll das Kindergeld bis zum 3. Lebensjahr ausbezahlt werden.

Für das zweite Kind soll das Kindergeld bis zum 10. Lebensjahr ausbezahlt werden.

Für jedes dritte und weitere Kind soll das Kindergeld bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres ausbezahlt werden.

Das Kindergeld für das zweite, dritte und jedes weitere Kind soll ab dem Erreichen des 3. Lebensjahres einer abgestuften Einkommensgrenze unterliegen, sodass hier bei Erreichen gewisser Schwellenwerte beim Einkommen das Kindergeld von ursprünglich 300€/Monat sinkt.

- **Einführung eines Familienscheckes:** Bei Unterstützungsmaßnahmen für Kinder von Seiten der öffentlichen Hand sollen an Stelle von undefinierten Geldleistungen nur mehr Unterstützungsmaßnahmen erbracht werden, die direkt den Kindern zukommen.

- **Öffnungszeiten der Kindergärten an die Grundschule anpassen:** Bei Bedarf kann die Betreuung der Kinder am Nachmittag auch von anderen pädagogischen Anbietern in der öffentlichen Struktur angeboten werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

- **Ganzjahreskindergarten und -schule:** Die Ganztagesesshule bzw. der Ganztagskindergarten soll nur dort angeboten werden, wo der Bedarf nachweisbar besteht.

Bei einem arbeitstätigen Alleinerzieher bzw. im Falle von Eltern, die beide berufstätig sind, ist dieser Bedarf zweifelsohne gegeben. Damit Missbrauch vermieden wird, müssen Antragssteller den Bedarf mit einem Anstellungsnachweis belegen.

Schüler- und Kindergartentransporte: Kindergartenkinder sollen die Schülertransporte nutzen können, Schüler die Kindergartentransporte.

- **Ausbau der außerschulischen Betreuungsangebote:** mehr Angebote für Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung an den Schulen angeboten von anderen pädagogischen Dienstleistern!

- **Ausbau der Ferienangebote:** während der Ferien Angebote für Nachhilfe-, Sprach- und Projektwochen in den Schulen fördern und ausbauen!

- **Fördern und Fordern von Kinder- und Jugendeinrichtungen:** finanzielle Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen im Lande, bei gleichzeitiger Festlegung von Qualitätsstandards für die Förderung!

- **Kosten der Kitas senken:** die Tarife der Kindertagesstätten (Kitas) sollen an jene der Kindergärten angeglichen werden, damit Kleinkinder in guter Obhut sind und nicht aus finanziellen Gründen zu früh in den Kindergarten eingeschrieben werden.

- **Vorrang für einheimische Familien,** damit sie ihr Kind in den Kindergarten und in die Schule ihres Einzugsgebietes schicken können, um den Kindergarten- und Schultourismus Einhalt zu gebieten.

- **Kinder- und Jugendschutz:** ein eigenes Landesgesetz soll die Interessen von Kindern und Jugendlichen schützen. Kinder- und Jugendschutz-Vereine sind finanziell stärker zu unterstützen.

Unserer Jugend mehr Vertrauen schenken!

• **Ausbau der freiwilligen sozialen Dienste:** Jugendlichen soll ermöglicht werden, das freiwillige soziale Jahr zwischen 15 und 19 Jahren in den Sommermonaten in Südtiroler Einrichtungen zu leisten, damit sie mit verschiedenen sozialen Berufen in Kontakt kommen. Es werden Menschen gerade in diesen Berufen in Zukunft vermehrt gebraucht werden.

- **Förderung praxisnaher Ausbildung im Sozialbereich:** im Sozialbereich sollen Schüler und Studenten, parallel zu ihrer Schulzeit bzw. ihrem Studium, Praxiserfahrung zu sammeln können. Sommerkindergarten, Sommerschule, Mithilfe im Pflegebereich sollen neben der Praxiserfahrung für junge Menschen dazu führen, dass Urlaubsdienste abgedeckt und unterbesetzte Schichten vermieden werden.

Leistbares Wohnen

Eine ausgewogene Sozialpolitik sorgt für leistbaren Wohnraum, damit Südtirol Heimat bleiben kann. Daher fordern wir:

- **Eindämmung der Spekulation:** die Landespolitik muss dafür Sorge tragen, dass Wohnraum nicht zu spekulativen Zwecken verwendet wird und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, dass leerstehender Wohnraum so hoch besteuert wird, dass vermieten wieder sinnvoll wird.

- **Wohnraum und Bausparen für junge Menschen, damit der Weg in die Eigenständigkeit gefördert wird:** Für Jugendliche soll durch das Land ein vergünstigter Wohnraum für 5 bis 8 Jahre zur Verfügung gestellt werden. Der Jugendliche soll den Mietbetrag für diesen Wohnraum, der zwischen 500€ und 800€ liegen soll, in einen Bausparvertrag einzahlen. Der Bausparvertrag kann bei einem Wohnungskauf durch den Jugendlichen ausgeschöpft werden. Diese Förderung soll jedenfalls an eine Einkommensgrenze gebunden sein.

- **Förderung von Mietwohnungen:** der Bau von privaten Mietwohnungen muss gefördert werden und die Vermietung derselben soll durch schnellere Räumungsverfahren und GIS-Reduzierung erleichtert werden, um Leerstände zu reduzieren.

- **Zinsloses Darlehen an Vermieter:** Vermietern soll nach 20 Jahren ein zinsloses Darlehen, das zwischen 5 und 10 Jahren zurückzuzahlen ist, gewährt werden, um einen Anreiz für die Renovierung der Mietwohnung und deren Weitervermietung zu schaffen.

- **WOBI-Wohnungen vorwiegend den Einheimischen vorbehalten:** der soziale Wohnbau muss unserer Bevölkerung zugutekommen!

Zukunftsorientierte Sozialpolitik

Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik sorgt für eine Starthilfe für junge Menschen, denn sie sind die Zukunft unseres Landes. Dies bedeutet auch, dass man jungen Menschen den Weg in eine berufliche Selbstständigkeit ermöglichen muss und bürokratische Hindernisse aus dem Weg räumt bzw. behilflich ist, diese zu überwinden.

Kostenlose Kurse um jungen Menschen Mut zur Selbstständigkeit zu machen sind dabei genauso wichtig, wie die steuerliche Hilfe bzw. öffentliche Beiträge, die diesen Start ermöglichen. Gerade heute stehen viele gutgehende Kleinbetriebe vor dem Aus, weil die eigenen Kinder andere berufliche Wege einschlagen. Es wäre schade auf diese wichtigen Säulen in unserem Land zu verzichten, darum muss eine Betriebsübergabe auch außerhalb des Familienkreises, z. B. an langjährige Mitarbeiter, förderungswürdig sein.

Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik sorgt sich auch für zeitgemäße Ausbildungsplätze und versucht in der heutigen Zeit mit der modernen Digitalisierung Schritt zu halten. Dies erfordert mutige Schritte in die Zukunft und finanzielle Investitionen in moderne Technik. Dies ist vor allem in der Ausbildung von Lehrpersonen verstärkt einzuführen.

Damit Südtirol Heimat bleibt!